

NIEDERSCHRIFT

über die 35. Sitzung der Gemeindevertretung vom 08. November 2010

TAGESORDNUNG:

- 1.) a) Bericht des Vorsitzenden
b) Bericht des Gemeindevorstandes
- 2.) Einführung – Verpflichtung und Vereidigung eines neuen Beigeordneten
- 3.) Einbringung der Haushaltsatzung 2011 mit allen Anlagen einschließlich der Fortschreibung des Haushalts sicherungskonzeptes
- 4.) Beratung und Beschlussfassung Gebührensatzung - Abwassergebühr
- 5.) Friedhofsgebührensatzung
- 6.) Antrag der SPD Fraktion zur Lahn-Dill-Erklärung
- 7.) Verschiedenes

Begrüßung, Beratungen und Beschlussfassungen

Unter Begrüßung der Anwesenden eröffnete Vorsitzender Nadler die 35. Sitzung der Gemeindevertretung. Bei Sitzungsbeginn waren 22 Gemeindevertreter anwesend. Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Gegen die Tagesordnung und die Einladung bestanden keine Einwände. Änderungsanträge wurden nicht gestellt.

1.)

a. Bericht des Vorsitzenden

Innerhalb der vorgesehenen Frist wurden keine Einwände gegen die Protokollierung vom 10.09.2010 vorgebracht. Die Niederschrift ist damit angenommen.

Auf die Einladung zur Fachtagung „Leben und Wohnen im Alter“ am 24.11.2010 wurde aufmerksam gemacht. Interessierte können sich über die Verwaltung anmelden.

b. Bericht des Gemeindevorstandes

Im Bericht aus dem Gemeindevorstand ging Bürgermeister Aurand auf folgende Punkte ein:

1. Abwasserverband „Obere Dietzhölze“
Die Gremien des Abwasserverbandes sind überein gekommen, künftige Investitionen über die Gemeindevertretungen beschließen

zu lassen. Damit ist eine Erhöhung der Transparenz gegeben. Ebenfalls wurde im Zuge der Haushaltsplangestaltung auf die beträchtliche Schuldentrückführung aufmerksam gemacht. Damit verbunden ist zugleich eine Senkung der Verbandsumlage.

2. Kanalbaumaßnahme „Gerberstraße“

In Folge eines Materialfehlers bei den verlegten Rohren ist ein Austausch erforderlich. Die Kostenübernahme erfolgt durch die Haftpflichtversicherung des Herstellers. Bedauerlich ist die zeitliche Verzögerung für die Anlieger.

3. Finanzsituation auf kommunaler Ebene

Der HSGB hat im Hinblick auf die schwierige Finanzsituation der Kommunen zu einer Demonstration in Wiesbaden aufgerufen am 22.11.10.

4. Mitteilungsblatt

Am 04.10.10 fand ein kritisches Gespräch mit dem Chefredakteur des Wittich Verlages statt. Dabei waren auch Beigeordnete zugegen. Erörtert wurde die problematische Verteilung sowie die Neugestaltung der Titelseite ab dem 01.01.11 und auch die vorgesehene Veröffentlichung des Fördervereines Panoramapark, allerdings im Innenteil im Rahmen der Öffnungszeiten aber auch ohne Kosten für den Verein. Soweit keine Minimierung der Fehlerquote eintritt, wurde die außerordentliche Kündigung in den Raum gestellt.

Der Verlag sicherte eine deutliche Verbesserung in den nächsten Wochen zu.

5. Theologisches Seminar

Inzwischen hat das Theologische Seminar einen Antrag auf Anerkennung als private Fachhochschule gestellt. Der Antrag wurde befürwortend weitergeleitet.

2.) Einführung – Verpflichtung und Vereidigung eines neuen Beigeordneten

Einleitend wies Vorsitzender Nadler auf die Jahrzehntelange Mitarbeit von Herrn Walter Fix in den gemeindlichen Gremien hin, zuletzt als langjähriger Beigeordneter. Er bedauerte das Ausscheiden des langjährigen Wegbegleiters und wies auf die sicherlich noch stattfindende offizielle Verabschiedung hin. Zugleich ist Ausscheiden aber auch Neubeginn für einen weiteren ehrenamtlich Tätigen, der als neues Mitglied in den Gemeindevorstand als Beigeordneter nachrückt – Herr Josef Kovarik. Bevor die ehrenamtliche Tätigkeit jedoch ihren Anfang nehmen kann, bedarf es nach den gesetzlichen Vorschriften der Amtseinführung und Verpflichtung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung sowie die ebenso zwingend erforderliche Aushändigung der Ernennungsurkunde durch Bürgermeister Aurand. Nach Verlesung der Urkunde und Ableistung des Diensteides ist Herr Kovarik ab sofort ehrenamtlicher Beigeordneter der Gemeinde Dietzhölztal.

3.) Einbringung der Haushaltsatzung 2011 mit allen Anlagen einschließlich der Fortschreibung des Haushalts sicherungskonzeptes

Einleitend erläuterte Bürgermeister Aurand die schwierige Haushaltsituation im laufenden Haushaltsjahr vor dem Hintergrund der Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die kommunale Ebene sowie des beträchtlichen Einbruches der Gewerbesteuer aber auch der Umlagenentwicklung und deren Auswirkungen auf das kommende Haushaltsjahr 2011. Dennoch ist Optimismus angesagt und es werden deutliche Verbesserungen erwartet in 1-2 Jahren ungeachtet des bereits berücksichtigten beachtlichen Abbaues des Fehlbedarfes von rd. 1,0 Mio. € im Ergebnishaushalt.

Die schwierige Haushaltsituation im laufenden Haushaltsjahr zwang ebenfalls dazu, ein Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten, welches in fünf Sitzungen einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe vertieft wurde und mit einem beachtlichen Einsparvolumen von rd. 125.000,00 € in neun Positionen mündete. Zugleich stattete Bürgermeister Aurand den Dank an die Mitwirkenden der Arbeitsgruppe ab ungeachtet der differenzierten Auffassungen.

Das Ergebnis des Einsparpotentials wurde bereits in vorliegenden Entwurf der Etatplanung berücksichtigt. Dennoch verbleibt ein Fehlbedarf im Ergebnishaushalt von rd. 1,537 Mio. € und im Finanzhaushalt zeichnet sich ein Fehlbetrag von rd. 622.000,00 € ab. Für investive Aufgaben ist ein Kreditrahmen von rd. 2,561 Mio. € ausgewiesen. Verpflichtungsermächtigungen werden dagegen nicht veranschlagt. Zur Beibehaltung der Liquidität ist der Kassenkredit auf 8 Mio. € festgesetzt.

Bei dieser Gelegenheit machte Bürgermeister Aurand deutlich, dass die Gemeinde Dietzhöhlthal im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis als eine der ersten Gemeinden trotz der schwierigen Ausgangssituation die Etatplanung für 2011 bereits frühzeitig im laufenden Haushaltsjahr aufgegriffen hat.

Die Stellenplanbewirtschaftung wurde nur geringfügig verändert. Dabei wurden zugleich Personalkosten kompensiert durch Auslauf von Altersteilzeitmaßnahmen und Umsetzungen. Im Hinblick auf erhebliche Eigenleistung bei der Realisierung der investiven Maßnahmen verstärken die beiden Azubi befristet den Bauhof. Zugleich wurde vorsorglich den tariflichen Entwicklungen Rechnung getragen. Insgesamt wurde bei der Etatplanung in allen Positionen eine vorsichtige Beurteilung zugrunde gelegt.

Mit dem Dank an Gemeindevorstand und Verwaltung schloss der Bürgermeister die umfangreichen Erläuterungen zum Vorbericht.

4.) Beratung und Beschlussfassung Gebührensatzung – Abwassergebühr

Auf die Vorlage wurde verwiesen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 01.11.10 mit 6 Ja-Stimmen, bei einer Nein-Stimme der Gemeindevertretung der Abwassergebührenerhöhung von bisher 3,05 € auf nunmehr 3,15 €/m³ Frischwasser ab dem 01.01.2011 zugestimmt und die Änderung der Entwässerungssatzung empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau- und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 02.11.10 einstimmig der Gemeindevertretung der Erhöhung der Abwassergebühr von 3,05 € auf 3,15 €/m³ Frischwasser ab dem 01.01.2011 empfohlen.

Der Ausschuss für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 03.11.2010 einstimmig der Gemeindevertretung die Änderung der Ent-

wässerungssatzung in § 24 mit Erhöhung, der Abwassergebühr um 0,10 Cent auf 3,15 €/m³ Frischwasserverbrauch empfohlen.

Ohne weitere Wortmeldung votierte die Gemeindevertretung mit 21 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme für die Änderung der Entwässerungssatzung in § 24 gemäß Vorlage mit Wirkung vom 01.01.2011.

5.) Friedhofsgebührensatzung

Auf die Vorlage wurde verwiesen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 01.11.2010 mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmenenthaltungen der Gemeindevertretung die Neufassung der Friedhofsgebührenordnung gemäß Vorlage empfohlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Bau und Liegenschaften hat in seiner Sitzung am 02.11.10 einstimmig der Gemeindevertretung die Annahme der Gebührenänderung in der Friedhofsordnung empfohlen.

Der Ausschuss für Jugend, Sport, Freizeit und Soziales hat in seiner Sitzung am 03.11.2010 ebenfalls einstimmig der Gemeindevertretung die Annahme der Friedhofsgebührenordnung gemäß Vorlage empfohlen.

Ohne Aussprache beschloss die Gemeindevertretung einstimmig die Neufassung der Friedhofsgebührenordnung gemäß Vorlage.

6.) Antrag der SPD Fraktion zur Lahn-Dill-Erklärung

Auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion wurde verwiesen.

Ergänzend erläuterte Fraktionsvorsitzender Scholl (SPD) die Gründe für die Antragstellung, die parteiübergreifend die Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Gemeinden auf Kreisebene zum Inhalt hat und in einer einvernehmlichen Protestnote an die Landesregierung auch zum Ausdruck brachte. Dafür beantragt die Fraktion die Unterstützung der Lahn-Dill-Erklärung mit der Bitte bei Verabschiedung eine entsprechende Information an den Vorsitzenden der HSGB Kreisversammlung Herrn Bürgermeister Steubing zu übermitteln.

Für die CDU-Fraktion signalisierte Fraktionsvorsitzender Kreck Zustimmung zum Antrag trotz aller unterschiedlicher politischer Auffassung, verwies zugleich aber auch auf die traditionelle Haltung der Gemeindevertretung mit dem Ziel gemeinsame Lösungen zu erarbeiten. Die Fraktion schließt sich der Erklärung an, weil die finanzielle Belastung der Gemeinden in diesem Maße nicht weitergehen kann.

Ergänzend zeigte sich GV Krau (SPD) erfreut über den gefundenen Konsens im Hinblick auf die permanente Belastung der Gemeinden ohne entsprechenden Ausgleich, der über alle Parteigrenzen hinweg zu dieser geschlossenen Haltung führte.

Abschließend votierte die Gemeindevertretung mit 21 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme für die Annahme des Antrages der SPD-Fraktion zur Unterstützung der Lahn-Dill-Erklärung.

7.) Verschiedenes

GV Hofmann (FWG)

- Lagerzeit von Sperrmüll auf den Gehwegen neben Aussehen Beachtung des Sicherheitsrisikos

Bgm. Aurand sicherte einer Überprüfung zu in Abstimmung mit dem Abfalldezernat.

GV Pfeifer (FWG)

- Baumfällung Hammerweiher und Entsorgung Aufarbeitung durch Gemeindemitarbeiter

Bgm. Aurand wies darauf hin, dass ein Bauhofmitarbeiter in seiner Freizeit die Aufarbeitung durchführte und die Abfuhr mit einem gemeindeeigenen Fahrzeug erfolgte. Haftung und Kostenersatz wird geprüft. Berichterstattung wurde zugesichert.

Ergänzend fragte GV Kreck (CDU) nach wegen Vollkostenersatz für die Maschinengestellung.

Klagen verschiedener Bürger aus dem Eisenbach, Blumenfeld, Hüttenweg und Friedrichstraße über Geruchsbelästigungen ausgehend von der Firma Rittal.

Einschaltung der Umweltbehörde wegen Luftmessung und Feststellung Beladezeiten.

Infolge seiner beruflichen Tätigkeit bei Rittal konnte Vorsitzender Nadler Auskunft geben über die Ursache der Geruchsbelästigung. Danach erfolgte ein Produktwechsel bei der Lackverarbeitung. Inzwischen wurde durch Nachverbrennung der Abluft eine deutliche Minimierung der Geruchsbelästigung erreicht. Dennoch wird weiter an der Fehlerbeseitigung gearbeitet.

Bezüglich der Lärmbelästigung verwies Bgm. Aurand auf die Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht, die ggf. in solchen Fällen informiert wird.

Ergänzend wies Vorsitzender Nadler darauf hin, dass eine betriebsinterne Regelung besteht, dass die Beladung nach 22:00 Uhr nicht zulässig ist, insbesondere aber die Lärmbelästigung durch Schrottbeseitigung herrührt, die aber auch nach 22:00 Uhr untersagt ist. In derartigen Fällen sollte direkt mit der Betriebsleitung Verbindung aufgenommen werden.

- GV Braun (CDU)
- Unter Hinweis auf die Finanzkrise und in diesem Zusammenhang getroffene Entscheidung über die Beibehaltung der Ausgaben bis 25.000,00 €. Eine derartige Beschlusslage konnte nicht aus Sitzungsunterlagen festgestellt werden.
- Bgm. Aurand wies darauf hin, dass es sich um eine interne Geschäftsregelung des Gemeindevorstandes handelt, die ihm erlaubt, Entscheidungen bis 5.000,00 € zu treffen. Allerdings wurde im Hinblick auf die Finanzsituation dahingehend abgewichen, dass Handlungen, die über das normale Maß des täglichen Verwaltungshandels hinausgehen, der Gemeindevorstand mit dem Sachverhalt befasst wird. Diese Haltung gilt nach wie vor. Die selbstauferlegten Beschränkungen tangieren nicht das Verwaltungshandeln Gemeindevorstand/Gemeindevertretung.
- GV Karl (SPD)
- LKW-Abstellplatz Omnical – Lärmbelästigung in Folge langer Maschinenlaufzeit in den Nacht- bzw. frühen Morgenstunden.
- Bgm. Aurand wies auf die Möglichkeit der Einschaltung des Gewerbeaufsichtsamtes hin.'
- GV Becker (CDU)
- Eingangsbereich Rathaus – einladende Gestaltung Ebachseite – Schlaglochbeseitigung, Anregung Ausbesserung Schotterbelag ggf. Änderung des Verschleißzustandes.
- Bgm. Aurand wies darauf hin, dass die Sammelmöglichkeit von Toilettenpapierrollen auf eine Initiative der Lebenshilfe zurückgeht. Abhilfe wurde zugesagt.
- Bezüglich der Schließung des Wochenendhausgebietes wies Bgm. Aurand darauf hin, dass ein Dauerwohnrecht für ein Wochenendhausgebiet nicht besteht und demzufolge auch keine Haftung der Gemeinde für die umfassende Errichtung der Beleuchtung bzw. Ausübung des Winterdienstes.